

Aufstand der Arbeitenden gegen Ruth Metzlers Renten-Coup

Die «Allianz der Arbeitnehmerverbände», die 730 000 Beschäftigte vertritt, will die Senkung des Mindestzinssatzes im BVG von 4 auf 3% bekämpfen, mit welcher der Bundesrat den Lebensversicherern auf Kosten der Versicherten kurz vor den Ferien überraschend 800 Millionen zuschanzte. Am 31. August ist auf dem Bundesplatz eine Grossdemo geplant.

Bern. «Der Mindestzinssatz von 4% muss vorerst beibehalten werden», fordert die «Allianz der Arbeitnehmerverbände», der zehn Gewerkschaften mit insgesamt 730 000 Beschäftigten vom Polizisten über Bauarbeiter und Lehrer bis zur Verkäuferin angeschlossen sind, gestern in Bern. Änderungen dürften «erst aufgrund einer vollständigen Lageanalyse» und nach einem Vernehmlassungsverfahren beschlossen werden. Die Allianz warnt vor «überstürzten Aktionen und vor einem auf reinem Lobbying beruhenden Fehlentscheid».

Von Niklaus Ramseyer

Einen solchen Fehlentscheid habe der Bundesrat am 3. Juli kurz vor den Ferien mit seiner überraschenden Reduktion des Mindestzinssatzes bei Pensionskassen auf 3% gefällt, betonte Urs Schildknecht, Zentralsekretär der «Lehrerinnen und Lehrer Schweiz». Damit habe die Landesregierung die gute Arbeit der autonomen Pensionskassen bestraft und «eigennützige Profitwirtschaft der Privatversicherer auf Kosten der Versicherten belohnt».

Demo gegen Rentenklau in Bern

Colette Nova rechnete als Vertreterin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) vor, dass die Zahlen, mit welchen die Versicherer am letzten Freitag (BaZ vom Samstag) das Gegenteil beweisen wollten, unvollständig seien und nicht stimmen könnten. «Unter diesen Umständen ist jede Senkung des Mindestzinssatzes ein Rentenklau», sagte Nova. Und dagegen will die Allianz ihre Mitglieder für den kommenden 31. August zu einer Grossdemonstration auf dem Berner Bundesplatz mobilisieren.

Fachleute haben inzwischen in der Zeitschrift «Facts» an konkreten Fällen aufgezeigt, was der Bundesratsbeschluss für die weit über eine Million Betroffenen im Land bedeuten könnte, falls er im Herbst bestätigt würde: Ein 35-jähriger Werkstattleiter, der bisher mit einer Jahresrente von 22 000 Franken rechnen konnte, bekäme noch 17 300 Franken oder 21% weniger; eine 54 Jahre alte Archivarin statt 14 700 nur noch 13 100 Franken oder 11% weniger. Umgekehrt würden danach satte 800



Scharfe Worte. In der Kritik steht Ruth Metzler. Der Vorwurf: Sie habe sich von der Versicherungswirtschaft instrumentalisieren lassen.



Fotos Reuters

Millionen Franken von den Pensionierten in die Kassen der Lebensversicherer umverteilt, die über 100 Milliarden Rentengelder verwalten. Angesichts dieser Fakten bleibt es schleierhaft, wie Ruth Metzler in Interviews weiterhin behaupten kann: «Wir wollen doch niemandem etwas wegnehmen.»

CVP und FDP in Schieflage

Metzler war allerdings die treibende Kraft, welche den Überraschungscoup zu Gunsten der Versicherungen mit nur 4 zu 3 Stimmen im Bundesrat knapp durchboxte. Die Regierungsmitglieder Moritz Leuenberger (SP), Samuel Schmid (SVP) und Ruth Dreifuss (SP) hatten umsonst gewarnt. Die in Rentenfragen kompetente Dreifuss hatte vorgeschlagen, nach Konsultationen bei allen Betroffenen könne man eventuell im Oktober über eine Senkung auf 3,5% Mindestsatz diskutieren.

Umsonst: Metzler, ihr CVP-Kollege Joseph Deiss und die beiden Freisinnigen Kaspar Villiger und Pascal Couchepin feuerten den Schnellschuss ab. Dass die FDP mitmachte, wundert wenig: Hauptprofiteurin der Übung ist als Hecht im Karpfenteich der Versicherer die Rentenanstalt – eine «weitgehend freisinnige Veranstaltung», wie Kenner monieren. FDP-Fraktionschefin Christine Beerli sass bis vor kurzem jahrelang im Verwaltungsrat der «Rente», Parteichef Gerold Bührer sitzt immer noch drin. Und VR-Präsident ist der Freisinnige Andres F. Leuenberger.

Lobbyisten klopfen Metzler weich

Inzwischen ist bekannt, dass dem Coup ein massives Lobbying der direkt begünstigten Versicherer – insbesondere der angeschlagenen Rentenanstalt – bei willigen Bundesräten vorausgegangen war: Beerli und Bührer bearbeiteten Villiger und Couchepin. Der frühere CVP-Nationalrat und professionelle Versicherungs-Lobbyist Norbert Hochreutener scharrte bei den CVP-Leuten Deiss und Metzler. Rentenanstalts-Präsident Leuenberger soll am Vorabend der Bundesratssitzung persönlich noch mit Metzler telefoniert haben.

«Ich habe keine regelmässigen Kontakte mit den Versicherern», verteidigte sich die Bundesrätin gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Ein «Ausspra-

chepapier», das sie dem Bundesrat für seinen Entscheid unterbreitet hat, übernimmt indes fast wörtlich und ungefiltert jene Drohungen der Versicherer, welche Spezialisten inzwischen in der Zeitschrift «Cash» teils als «absoluten Quatsch» bezeichnet haben. Kostprobe: «Sofern eine Senkung der BVG-Leistungen» nicht möglich sei, verbleibe den Versicherern «keine andere Möglichkeit, als auf Neuabschlüsse zu verzichten». Und: «Vorsorgewerke mit gekündigten Verträgen haben heute kaum eine Chance, sich bei anderen Versicherern oder Vorsorgeeinrichtungen anzuschliessen.»

Beschliess jetzt, frag später...

So argumentiert im Chor mit der Versicherungslobby Metzlers «Bundesamt für Privatversicherungen», das indes umgekehrt nicht im Stande ist, durch rigorose Kontrollen die längst geforderte Transparenz bei den Sammelstiftungen herzustellen und aufzuzeigen, wo die fetten Gewinne aus den guten Börsenjahren verschwunden sind.

Metzler ihrerseits redet von «Buchgewinnen, die bei schlechtem Börsengang wieder verschwinden.» Die Frage nach genauen Zahlen sei jedoch berechtigt, meint sie. Und alle Versicherten hätten ein Recht, «jetzt sofort eine Antwort zu erhalten». Warum der Bundesrat der Rentenanstalt und anderen Privatversicherern mit seinem Haaruck-Entscheid zu Diensten war, bevor diese klaren Antworten auf dem Tisch lagen, bleibt indes unklar.

Metzler schwänzt Kommissionen

Unklar ist auch, warum ausgerechnet Bundesrätin Metzler plötzlich in Sachen BVG so Druck machte. Um die BVG-Revision habe sie sich in der Sozialkommission des Nationalrates nämlich mehr oder weniger foutiert, klagt deren Präsident, der Zürcher SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi: «Ich habe Frau Metzler nie gesehen und nie gehört.» Und die Aargauer FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi, die sich in ihrer Partei als Rentenspezialistin profiliert hat, sagt: «Wer an den Diskussionen des Parlamentes nicht teilnimmt, ist bei seiner Meinungsbildung von der Verwaltung und von Lobbyisten abhängig.»

Rechsteiner: «Der Verdacht der Zweckentfremdung bleibt»



Rudolf Rechsteiner. Der Basler SP-Nationalrat kämpft für die Rechte der Versicherten. Foto Birgit Schneider

Basler Zeitung: Herr Rechsteiner, im Zusammenhang mit der Ankündigung des Bundesrates, die Mindestverzinsung in der zweiten Säule von 4 auf 3 Prozent zu verringern, sprachen Sie letzte Woche vom grössten Rentenklau in der Geschichte. Wie sehen Sie diese Aussage heute?

Rudolf Rechsteiner: Auch heute sind mehr Fragen offen als geklärt. Offensichtlich haben die Versicherungen sehr viel Geld kurzfristig verspekuliert. Schweizer Obligationen rentierten von 1991–2000 zu 6,2 Prozent. Die Versicherer vermelden über ihr ganzes Portefeuille eine Rendite von nur 5,6 Prozent. Das heisst, dass die Aktien nur Verluste brachten und den Ertrag minderten.

Im besten Börsenjahrzehnt des Jahrhunderts?

Ich persönlich kann nicht allen An-

gaben des Versicherungsverbandes trauen. Bei den Verwaltungskosten sprach FDP-Ständerätin Christine Beerli am Fernsehen von 2,4 Prozent des Vermögens, beim Versicherungsverband waren es nur noch 0,8 Prozent. Wir sprechen von einem Vermögen von 137 Milliarden Franken (Lebensversicherer) und von 600 Milliarden für die ganze 2. Säule. Deshalb sind diese Zahlen relevant. Die Performance der Versicherer liegt angeblich 1,2 Prozent unter der Rendite der autonomen Kassen – über die letzten 15 Jahre gerechnet macht dies rund 15 Milliarden aus. Für diese hohe Differenz gibt es Klärungsbedarf. 1987 lag der Aktienanteil der autonomen Kassen auch erst bei 6,7 Prozent. Das bedeutet, dass die Unterschiede zu den selbstständigen Pensionskassen gar nicht so gross sein können.

Wo liegen denn die Unterschiede in rechtlicher Hinsicht?

Bei einer Privatversicherung erheben die Aktionäre und die Versicherten Ansprüche auf den gleichen «Topf». Die Rentenanstalt hat hohe Gewinnsteigerungen ausgewiesen, als sie frisch an der Börse kotiert war. Dieses Geld wurde den Versicherten entzogen. Die Sammelstiftungen der Lebensversicherer haben ja kein eigenes Vermögen, sondern verbuchen auf der Aktivseite der Bilanz nur nominelle Ansprüche an die Versicherungsgesellschaft. Angesichts der schlechten Performance einzelner Versicherungen fragt es sich, ob manche von ihnen nicht in Versuchung geraten sind, eher schlecht rentierende Aktien im Topf der Versicherten zu deponieren und die «guten» Wertpapiere anderweitig zu verbuchen. Uns fehlen in der Versicherungsstatistik die Angaben in Form eines klaren Vermögensausweises. So wie der Versicherungsverband kommuniziert, lässt sich nichts schlüssig nachvollziehen, und wir wis-

sen auch nicht, weshalb die Rentenanstalt eigentlich in so grossen Schwierigkeiten ist. In der Statistik werden zudem Kollektiv- und Einzelgeschäft systematisch vermischt, was die Analyse zusätzlich erschwert. Dies führt zum Vertrauensbruch, wenn nun die Renten gekürzt werden sollen.

Das sind massive Vorwürfe.

Das sind Fragen, keine Vorwürfe. Die Versicherer haben nur ganz pauschale Angaben gemacht über die letzten 17 Jahre. Die jetzt angekündigte Rentensenkung führt zu einem Vertrauensbruch.

Warum?

Es findet ein Paradigmenwechsel statt. Bisher ging man davon aus, dass mit den Übergewinnen in guten Zeiten die schlechten Zeiten durchgeseucht werden. Der Satz von 4 Prozent lag historisch gesehen richtig – über lange Zeiträume. Wenn man aber gerade im zweiten schlechten Jahr zu einer flexiblen Verzinsung übergeht, wollen die Versicherten doch genau wissen, wie das Geld verwaltet wurde und wie viel Reserven eigentlich vorhanden sind. Jede «Zuckung» an der Börse wird in Zukunft ihren Niederschlag in der Rentenhöhe finden. Ich glaube, die Versicherungen haben unterschätzt, was diese Änderung für ihre Bilanzierung bedeutet. Sie müssen klarer ausweisen, wie sie die Vermögen verwalten und in welchem Umfang sie Mittel für Gewinne und Verwaltungskosten abzwiegen.

Sie sprechen heute von einem Vertrauensbruch. Letzte Woche war es noch der grösste Rentenklau in der Geschichte.

Ich stehe zu dieser Bemerkung. Der Verdacht der Zweckentfremdung von Versichertenkapital ist für mich noch nicht ausgeräumt: Soll es erlaubt sein, in

den guten Jahren mit Rentengeld Aktionäre zu befriedigen oder Expansionspläne zu finanzieren? Nur eine saubere Trennung der Mittel der Versicherten von den übrigen Aktiven der Versicherer kann in Zukunft Klarheit und Vertrauen wiederherstellen. Ich bin für eine saubere Klärung der Angelegenheit und gegen eine vorschnelle Kürzung der Rentenleistungen.

«Der Verdacht der Zweckentfremdung von Versichertenkapital ist für mich noch nicht ausgeräumt.»

Das tönt nach einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK)?

Wir werden eine PUK dann beantragen, wenn das Bundesamt für Privatversicherungen keine Transparenz herstellt über die Entscheidungsgrundlagen, die zum Antrag auf Rentensenkung führten. Dieses Amt hat eine gesetzliche Aufsichtspflicht und kann sich so nicht davonstellen.

Aber die Versicherungen geloben jetzt Besserung.

Die Branche steht unter Druck, das ist offensichtlich. Deshalb werden jetzt Versprechungen gemacht. Man wird diese Aussagen aber daran messen, ob den Worten auch Taten folgen, und zwar auch auf gesetzlicher Ebene. Es wurde Bereitschaft signalisiert, die am vergangenen Freitag vorgelegten Zahlen durch eine unabhängige Stelle überprüfen zu lassen. Also wollen wir die Versicherungen beim Wort nehmen. Die Renten sollen nicht gekürzt werden, wenn in den Kassen noch genug Reserven vorhanden sind. Und für die Rentenanstalt braucht es allenfalls

eine separate gesetzliche Lösung, eine «Lex Rentenanstalt».

Die Versicherer erklärten, die Schwankungsreserven seien wegen der schlechten Börsenlage wie Schnee an der Sonne geschmolzen.

Das glaube ich nicht. Die Lage der einzelnen Institute scheint recht unterschiedlich. Bei einem Aktienanteil von 26 Prozent des Anlagevolumens wären 1999 rund 26 Milliarden in Aktien investiert gewesen. Da muss ja eine Wertminderung um 60 Prozent eintreten, damit man 15 Milliarden Franken verliert. Ich kann das nicht nachvollziehen.

Derzeit steht im Parlament die BVG-Revision an. Sehen Sie mit Blick auf die jüngsten Ereignisse zusätzlichen Reformbedarf?

Offenbar wurden die Gewinne der guten Jahre in manchen Kassen voreilig «verfrüht». Gegen das Verteilen von Buchgewinnen müsste der Gesetzgeber gewisse Schranken errichten. Der Nationalrat hat in Sachen Transparenz gute Vorarbeit geleistet, aber nach den jüngsten Erfahrungen muss das Gesetz in manchen Punkten noch deutlicher werden.

Was schlagen Sie zusätzlich vor, um das angekratzte Vertrauen in die zweite Säule wieder zu stärken?

Wir brauchen eine wasserdichte Trennung des Versichertenkapitals von den übrigen Aktiven der Versicherungen; die Reserven müssen samt und sonders sauber beziffert und für die Versicherten rechtlich sichergestellt werden, inklusive der jährlichen Erträge, die darauf erwirtschaftet werden. Die Versicherungen sollen gute, professionelle Treuhänder sein, aber wie die Eunuchen im Harem sollen sie sich nicht an den Gewinnen vergreifen dürfen. Interview Jan Kirchhofer